

3. Wie wollen Sie mehr schwerbehinderte Menschen in Arbeit bringen und im Beruf halten?

CSU

Menschen mit Behinderung haben den natürlichen Wunsch, ihren Lebensunterhalt selbst sicherzustellen. Eine Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffenen oder sein Umfeld darstellen. Der Teilhabe am Arbeitsleben kommt deshalb eine Schlüsselrolle zu. Wir wollen die Integration in das Berufs- und Erwerbsleben weiter verbessern und werden die Inklusionsämter und Integrationsfachdienste, aber auch die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben wie auch die Werkstätten stärken. Unser Ziel muss sein, möglichst viele Menschen mit Behinderung in gute sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu bringen.

GRÜNE

Menschen mit Behinderung sind oft überdurchschnittlich gut qualifiziert, aber häufiger und länger arbeitslos als Menschen ohne Behinderungen. Grund dafür sind zahlreiche Barrieren auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Diese wollen wir abbauen. Dafür muss das Arbeitsumfeld flexibler an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung angepasst werden, z.B. durch Erhalt von Homeoffice Regelungen, Jobcoaches und Arbeitsplatzanpassungen. Arbeitgeber*innen unterstützen wir hierbei. Wir setzen u.a. auf Initiativen und Modellprojekte mit bayerischen Unternehmer*innen. Den öffentlichen Dienst machen wir zum Vorbild für Inklusion im Arbeitsleben. Menschen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, geben wir die Möglichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig zu sein, wo nötig mit Unterstützung.

Freie Wähler

Menschen mit Behinderung sollen in gleichem Maße von der guten Arbeitsmarktlage profitieren wie Menschen ohne Einschränkungen. Gesellschaftliche Anerkennung wird in besonderem Maße davon bestimmt, auf welche Weise und in welchem Umfang der Einzelne seinen Lebensunterhalt selbst sicherstellen kann. Der Teilhabe am Arbeitsleben kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Für Menschen mit Behinderung ist die Integration in das Berufs- und Erwerbsleben besonders wichtig. Um Menschen mit Behinderung bestmöglich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, bedarf es gezielter und umfassender Hilfestellung. Als FREIE WÄHLER setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitsplätze, Arbeitsabläufe und Arbeitszeitmodelle an die Bedürfnisse der Beschäftigten mit Behinderung angepasst werden. Im Zuge dessen müssen Arbeitgeber, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen, bestmöglich bei der Einrichtung von individuell angepassten, barrierefreien Arbeitsplätzen gefördert werden. Gleichzeitig können Beschäftigte mit Schwerbehinderung finanziell unterstützt werden, beispielsweise wenn sie eine Arbeitsassistenz brauchen.

AfD

s. **INKLUSION SCHULE** (AfD war für die Landtagswahl Bayern nicht bei WPS angemeldet)

SPD

Wir als BayernSPD sehen die Integration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt als bestes Mittel zur Inklusion und Teilhabe an. Daher werden wir gemäß Artikel 29 der UN-BRK mit gesetzlichen Vorgaben dafür sorgen, dass sich Menschen mit Behinderung aktiv und passiv politisch einbringen und mitbestimmen können. Wir unterstützen die Bestrebungen der Bundesregierung, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen, und zwar in einer Höhe, die es Arbeitgebern wirtschaftlich günstiger erscheinen lässt, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen, anstatt die Ausgleichsabgabe zu entrichten. Der Freistaat bleibt gefordert, eine Vorbildfunktion in diesem Bereich einzunehmen, indem er z.B. Menschen mit Behinderung einstellt und langfristig beschäftigt. Die Quote der Beschäftigten mit Behinderung bei privaten Arbeitgebern ist immer noch deutlich niedriger als bei öffentlichen Arbeitgebern. Wir wollen daher gesetzlich verankern, dass Firmen und Unternehmen, die tatsächlich die vorgeschriebene Anzahl von Menschen mit Behinderung beschäftigen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen bevorzugt werden. Zudem muss die Finanzierung von Leistungen der Arbeitsassistenz aus der Ausgleichsabgabe gesichert sein. Zudem wollen wir Programme und Konzepte zur Unterstützung von allen Arbeitssuchenden mit Behinderung dauerhaft etablieren. Um für jeden Menschen je nach Lebenssituation ein möglichst passendes Arbeitsumfeld zu finden, werden wir flexible Übergänge zwischen den Beschäftigungssystemen „geschützte Beschäftigung“, „unterstützte Beschäftigung“ und „allgemeine Beschäftigung“ schaffen. Eine entscheidende Voraussetzung für Inklusion am Arbeitsplatz ist die barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen. Wir wollen Barrierefreiheit von Arbeitsstätten in die Bayerische Bauordnung aufnehmen und dafür geeignete Förderprogramme bereitstellen. Durch eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung wollen wir die Verpflichtung zur Barrierefreiheit von der tatsächlichen Beschäftigung von Menschen mit Behinderung entkoppeln.

FDP

Durch eine umfassende Beratung von Werkstattbeschäftigten, sowie das Angebot einer aktiven Arbeitsvermittlung wollen wir die Wahlfreiheit stärken. Über Praktika, Probearbeiten oder Außenarbeitsplätze sollen möglichst alle Menschen, die Interesse haben, auch die Möglichkeit erhalten, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt auszuprobieren. Denn erst, wenn alle Möglichkeiten bekannt sind, können auch umfassende Wahlfreiheiten eröffnet werden. Jeder Mensch sollte frei entscheiden können, wo und in welcher Form er arbeiten möchte. Bisher erfüllen jedoch die Werkstätten diese Aufgabe nicht umfassend und wir möchten sie daher dabei unterstützen, die Vermittlungsquoten zu erhöhen.

Mit der Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabenverordnung auf der Bundesebene wurde ein Meilenstein in der Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt erreicht. Die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die sich ihrer Pflicht komplett entziehen, wurde erhöht und das Budget für Arbeit wurde verbessert. Die FDP will aber auch weitere Themen im Bereich des Übergangs angehen, wie beispielsweise die bisher ungeklärte Rentenfrage, eine

sichere Rückkehr auf den vertrauten Arbeitsplatz in einer Werkstatt oder auch die finanziellen Anreize für Werkstätten zur Vermittlung ihrer besten Mitarbeiter auf den ersten Arbeitsmarkt.

LINKE

Wir streben an, die Beschäftigungschancen für schwerbehinderte Menschen in Bayern zu erhöhen und sicherzustellen, dass sie im Berufsumfeld angemessen unterstützt werden. Dazu gehören Maßnahmen wie Anreize für Unternehmen zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen, die Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Arbeitsumfelds.

ÖDP

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt muss besser umgesetzt werden. Deshalb muss der Freistaat seine Quote bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf mindestens 6,5 % erhöhen. Einen teilhabenden Arbeitsplatz zu haben, ist gerade für Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Der Staat muss in dieser Frage selbst Vorbild sein. Deshalb muss er Teilhaberichtlinien nicht nur formulieren, sondern auch umsetzen. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist auch ein wichtiges Kriterium bei der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz, die den Kern des Konzepts der „Gemeinwohl-Ökonomie“ darstellt. Dabei wird angestrebt, neben dem ökonomischen Erfolg eines Betriebes auch andere „Gewinne“ oder „Verluste“ zu messen und zur Bewertung heranzuziehen. Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen ökonomischen Bilanz eine solche „Gemeinwohl-Bilanz“ aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen nach dem Willen der ÖDP steuerliche Vorteile genießen.

Die Antworten an die ARGE (www.arge-bamberg.de) kamen von diesen Personen im September 2023:

CSU	Björn Reich , Bereichsleiter und Referent für Klima und Umwelt, CSU-Landesleitung, München
GRÜNE	Réka Lőrincz , Referentin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Bayern, München
Freie Wähler	Team Pressestelle , FREIE WÄHLER Bayern, München
SPD	Vincent Hogenkamp , Grundsatzreferent, Landesverband der BayernSPD, München
FDP	Frederic Schneider , FDP Bayern, München
LINKE	Sarah Eichberg , Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands DIE LINKE., Ingolstadt
ÖDP	Raphael Mankau , politischer Referent, ÖDP-Landesgeschäftsstelle Passau